

# Korrespondenz

## für Deutschlands Buchdrucker und Schriftgießer

Herausgegeben vom Verband der Deutschen Buchdrucker

Bezugspreis 1 RM. monatlich, nur Postbezug • Das Einzel Exemplar 15 Pf. ohne Porto • Erscheinungstage Mittwoch und Sonnabend • Schriftleitung und Geschäftsstelle: Berlin SW 61, Dreilindstr. 5

70. Jahrgang

Berlin, den 14. Dezember 1932

Nummer 100

### Verlauf und Ergebnisse der Gauvorsteherkonferenz

Die vom 9. bis 11. Dezember im Verbandshaus zu Berlin tagende Gauvorsteherkonferenz wurde durch den ersten Verbandsvorstandes und der drei anderen graphischen Verbände eröffnet. Nach Feststellung der Anwesenheitsliste (insgesamt 52 Teilnehmer) und besonderer Begrüßung des neuen Gauvorstehers für den Oberrhein, des Kollegen Keibel, wurde in würdiger Weise der verstorbenen Kollegen Robert Glaser, Karl Sandfort und Joseph Vertram sowie des während dieser Zeit ebenfalls aus dem Leben geschiedenen früheren Mitvorsitzenden des ADGB, Hermann Müller, und der Lebensgefährtin unseres schon vor vier Jahren verstorbenen Verbandsvorstandes Joseph Selig gedacht. Den wegen Erkrankung verhinderten Kollegen Döbling, Kralb und Fischer (Hilfsarbeiterverband) wurde der Wunsch baldiger Gewöhnung übermittelt. Darauf wurde sofort die Beratung folgender Tagesordnung in Angriff genommen:

1. Bericht und Mitteilungen.
2. Besprechung über die Finanzlage des Verbandes, Beitrags- und Unterstützungsweise usw.
3. Beschlusfassung über den nächsten Verbandstag.
4. Wahl des Verwalters für die Geschäftsstelle des „Korrespondent“.
5. Verschiedenes.
6. Die bevorstehenden Vorverhandlungen für den Mantelartikel.

Zum ersten Punkt der Tagesordnung entrollte Kollege Krauß in einem dreißündigen, tiefschürfenden Bericht ein umfassendes Bild aller für unseren Verband und die gesamte Arbeitererschaft wichtigen wirtschaftlichen, politischen und tariflichen Ereignisse seit dem Zeitpunkt der letzten Gauvorsteherkonferenz im September vorigen Jahres. Im Vordergrund des Berichtes standen die politischen Eingriffe in die Tarif- und Lohngestaltung durch die Staatsgewalt. Ihre tief einschneidende Wirkung in die Lebenshaltung der gesamten deutschen Arbeitererschaft, und zwar ohne eine Wiederbelebung der Wirtschaft zu bringen, sondern, wie von den Gewerkschaften immer betont, nur weitere Einschränkung herbeizuführen, wurde besonders deutlich gekennzeichnet. Die Arbeitslosigkeit stieg und stieg, die Sozialversicherung geriet in allen ihren Zweigen in immer größere Gefahr. Die außenpolitischen Auseinandersetzungen über die Reparationsfrage, wo überhaupt die gegenfeitigen Kriegsschuldverpflichtungen, die das Haupthindernis einer Gesundung und Wiederbelebung der gesamten Weltwirtschaft bilden, fanden scharfe Beleuchtung. Die Vorarbeit der früheren deutschen Regierung in der Außenpolitik bis zu jener des Kabinetts Brüning führte zunächst bis vor die Tür des Erfolges, der dann aber durch eine kleine Adelsclique hinterrücks an sich gerissen wurde, diese mit ihrer sogenannten autoritären Staatsführung in den Sattel legte und sich gegen jedes Mitbestimmungsrecht der arbeitenden und leidenden Volksschichten auswirkte. Es wurde das Wort vom „Wohlfahrtsstaat“ geprägt, der Reichstag aufgelöst und dann auch der neugewählte Reichstag in noch dagewesener Form nach einem eifrigeren Mißtrauensvotum abermals nach Hause geschickt, die Präsidialregierung auf ursprünglich lange Sicht etabliert. Dagegen protestierten die Notverordnungen in rücksichtslosster Form auf das deutsche Volk nieder. In unmaßgebender Weise erhob sich gerade in dieser Periode die nationalsozialistische Hydra, um sich endlich an die Macht zu bringen. Und es kam teilweise so, daß die Arbeitererschaft gewärtig sein mußte, mit ihrer ganzen Kraft und einmündend in den Bürgerkrieg den Kampf gegen den Faschismus aufnehmen zu müssen. Das satirische Wortlauten von „der Nacht der langen Messer“ stand auf der Tagesordnung. In jenen kritischen Tagen um den 30. Juli hatte aber die Arbeitererschaft keinen Anlaß, durch unbedonnenes Handeln die von Hitler noch gewünschten volksfeindlichen Gegenkräfte auszulösen. Sie mußte in ihrer Verteidigungsstellung verharrten. Und gerade dies war gegenüber allen kommunistischen Generalkriegsparolen in jenen kritischen Tagen ihre Stärke. Die Folgezeit hat gelehrt, daß die Errichtung einer Diktaturgewalt in Deutschland doch nicht so leicht ist, wie es sich die Nazis gedacht hatten. Nun ist der Name des Systems gewechselt, aber das „System“ zunächst noch geblieben. Welche Taten diesem

Personenwechsel folgen werden, ist zunächst noch undurchsichtig. Nur eine gründliche Abkehr vom volksfeindlichen Kapenturs könnte wieder Beschäftigung schaffen. Dazu dürfte als allererster Schritt die Aufhebung der Notverordnung vom 4. September gehören, was ja inzwischen auch durch den Reichstag beschlossen wurde, und höfentlich von der neuen Reichsregierung auch durchgeführt wird. Der sofort ausgenommene und mit aller möglichen Entschiedenheit geführte Kampf der Gewerkschaften gegen diesen Durchbruch des Vertragsrechts hat dieser Notverordnung den Boden entzogen. Und dieser Kampf wird hoffentlich zur Folge haben, daß wir von allen diesen Rebellen der Rechtsverwirrung wieder befreit werden und künftig solche Anlässe auf das Vertragsrecht der Tarifparteien nicht mehr unternommen werden.

Übergehend zur Abwehr unserer Kollegenschaft gegen den Abbau überartifizeller Löhne wurde festgestellt, daß die diesbezüglichen Kämpfe im laufenden Jahr viel zahlreicher und schärfer als in den vorhergehenden Jahren, aber auch nicht erfolglos waren. Die Erregung und Empörung der Kollegenschaft über die Tariflohnentkennungen, die wir zwangsweise über uns ergehen lassen mußten, ist berechtigt und verständlich. Aber viel zu wenig beachtet wurde, daß durch die letzte Tarifvereinbarung die weitere Möglichkeit einer neuen Tariflohnentkennung ausgeschaltet werden konnte, während dies in anderen Berufs- oder Industriezweigen nicht möglich war. Wenn auch unsere Mantelartikelförderung keine Westerbildung auslösen könnte, so ist doch nach hartem, viele Wochen sich hinziehendem Ringen noch viel Schlimmeres abgewehrt worden. In der Kleinfahrtfrage hat sich unsere Beurteilung eines höheren Wertes der Erhaltung der bestehenden Kleinfahrtstage als zweckmäßiger im Hinblick auf die arbeitslosen Kollegen erwiesen, und es mußte daran festgehalten werden, daß die Kleinfahrtstage auch in Einzelfällen nicht preisgegeben wurde.

Eine eingehende Darlegung verschiedener Vorkommnisse im Zusammenhang mit dem Tarifkampf des Buchdruckerhilfspersonal zeigte deutlich, daß die Ablehnung von Streikbrecherarbeit ohne Arbeitsüberlegung und Nichtanerkennung von Streikbrechern nicht nur berechtigt, sondern auch als gewerkschaftliche Solidaritätspflicht ihre Wirkung nicht verfehlt. Die Rolle des Sonderbeschäftigten war in diesem Streit sehr ansehbar und hat sehr viel dazu beigetragen, daß die Tarifgestaltung für das Hilfspersonal im Gewerbe empfindliche Störungen verursachte. Diese Bewegung hat bewiesen, daß Heßigen wie Hilfsarbeiter in tariflichen Dingen trotz gegenteiliger Tendenzen auf Unternehmensebene mehr aufeinander angewiesen sind, als dies bei nur oberflächlicher Beurteilung der Fall zu sein scheint.

Eine eingehende Schilderung aller Bestrebungen zur Verkürzung der Arbeitszeit zugunsten der Wiedererlangung der arbeitslosen Kollegen in den Produktionsprozesse ließ deutlich erkennen, daß der Widerstand des Unternehmens gegen diese Forderung nicht im Rahmen einzelner Gewerbe oder nur regionaler Regelung überwinden werden kann, sondern nur durch zwingende Gesetzgebung im weitesten Umfang. In dieser Richtung bewegt sich auch die Forderung des ADGB, an den neuen Reichstagsler. Es ist nun möglich, daß in dieser Frage ebenfalls mit Zwangsmaßnahmen vorgegangen wird; wenn aber dadurch eine erhebliche Zahl Arbeitsloser untergebracht werden kann, dann muß dieses Opfer von den Arbeitenden gebracht werden. Der ganzen Entwicklung gegenüber hat sich erwiesen, daß die von den Gewerkschaften vertretene Auffassung in diesem Punkt die einzig richtige ist, und daß es kein anderes Mittel gibt, die fürchterliche Not der Arbeitslosigkeit zu mildern, als eine durchgreifende allgemeine Verkürzung der Arbeitszeit und die Inangriffnahme der von den Gewerkschaften vorgeschlagenen Maßnahmen zum Umbau der Wirtschaft.

Die allgemeine Situation der Gewerkschaften wurde unter dem Druck der letzten drei Krisenjahre besonders verschärft. Es wurden dadurch nicht allein deren finanziellen Verhältnisse in Mitleidenschaft gezogen, sondern auch der Mitgliederbestand weist Verlustzahlen auf; für unseren Verband war der Verlust mit nur 4 Prozen am geringsten. Vom Gesamtmitgliederbestand aller freien Gewerkschaften von 4 948 000 Ende 1929 waren damals 20,3 Prozen arbeitslos und 8,2 Prozen arbeiteten demzufolge. Ende des ersten Quartals 1932 waren von den gesamten Mitgliedern

45,2 Prozen arbeitslos und weitere 22,1 Prozen standen in Kurzarbeit. Danach ist die Zahl der beitragsahndenden Gewerkschaftsmitglieder in den beiden letzten Jahren beinahe um die Hälfte zurückgegangen. Die Einnahmen gingen dadurch natürlich auch erheblich zurück. Dieser Einnahmeverminderung trat eine gewaltige Steigerung der Ausgaben gegenüber, wodurch eine Schwächung der Finanzkraft der Verbände eintrat. Unser Verband hatte Ende 1930 mit 90 389 Mitgliedern seinen Höhepunkt und zählt jetzt noch 87 000 Mitglieder, gegen 81 305 Ende 1927. Die Unterstützungsleistungen mußten überall eingeschränkt werden. Auch in unserm Verband waren die Anforderungen an die Verbände in diesen Krisenjahren so außerordentlich, daß die Erhaltung des gesunkenen Vermögensbestandes zu mehrfachen Reformen des ausgedehnten Unterstützungswezens zwang; wozu unter Punkt 2 der Tagesordnung auch jetzt wieder besonders Stellung genommen werden muß. Es müssen die Ausgaben mit den Einnahmen in Abereinrichtung gebracht und Beschlüsse gefaßt werden, die der Verbandstafje nicht fortgesetzt weitere Zuschüsse auferlegen. Die Notwendigkeit dafür ergibt sich aus der Entwicklung der Arbeitslosigkeit und Kurzarbeit in unserm Gewerbe, die sich in folgenden Feststellungen zeigt: Im Dezember 1931 hatten wir 32,6 Prozen gänzlich Arbeitslose und 14,4 Prozen Kurzarbeiter, im August 1932 völlig Arbeitslose 37,6 Prozen und Kurzarbeiter 15,7 Prozen, im September 1932 37,4 und 17,3 und im Oktober 36,7 und 19 Prozen. Sehr unterschiedlich war der Umfang der Arbeitslosigkeit je nach den verschiedenen Landesarbeitsamtsbezirken. Im Rheinland 3,8, bethlig die Arbeitslosigkeit im Oktober d. J. 43,4 Prozen, in Süddeutschland aber 29,6 Prozen und die Kurzarbeit im Rheinland 28,2 Prozen; in Süddeutschland 28,6 Prozen, in Brandenburg aber nur 8,7 Prozen. Neben diesen starken Belastungen von der wirtschaftlichen Seite her ergaben sich für die Gewerkschaften noch innere Belastungsproben durch die oppositionellen Zerbrüchungsstendenzen und eine gewissenlose Hege von links und von rechts gegen die Führer der Gewerkschaften. Vielfach suchten die Parteigänger der KPD, für alle, für die Kräfte und deren furchtbaren Wirkungen nur die Gewerkschaften verantwortlich zu machen. Wie im politischen Leben begegneten sie sich mit ihren Argumentationen nicht selten mit den Zerstückern auf dem Gegenpol, mit den Nazis. Verschiedentlich mußten die Verbände mit den schärfsten Mitteln gegen diese Wühlarbeit und persönlichen Vergehungen mit den schärfsten Mitteln vorgehen. Sind wir auch in unserm Verband in größerem Maßstab hiervon verschont geblieben, und konnte es bei einzelnen Ausschüssen verbleiben, so zeigen sich doch gegenwärtig wieder Auswüchse in dem Bezirksverein Düsseldorf an, denen nicht länger zusehen werden kann. Wenn man wie in Düsseldorf, unbekümmert um alle Verbandsdisziplin und trotz aller Warnungen des Gau- und Verbandsvorstandes glaubt, Sonderwege einschlagen zu dürfen und schließlich den ganzen Ortsverein zu zer schlagen, dann sind leider auch wir dazu gezwungen, ohne Rücksicht darauf, wie viele Kollegen dabei auf ihre Mitgliedschaft verzichten müssen, mit aller Entschiedenheit durchzugreifen. Auch gegen andre, mehr auf finanziellem Gebiet liegende Vorkommnisse mußte streng vorgegangen und muß schärfere Vorkehrung und Kontrolle durch größere Aufmerksamkeit der Revisoren verlangt werden.

Der inzwischen durch Annahme eines Vergleichs erzielte Schadensersatzprozeß des Deutschen Buchdrucker- und Vereins gegen unsern Verband wegen des Königsberger Streiks vor dem Berliner Landesarbeitsgericht konnte keinen günstigeren Abschluß finden, weil manche Rechtsfrage in Betracht kam, deren Entscheidung in letzter Instanz unsere Organisation nicht von Verpflichtungen befreit hätte, die sich leicht viel schwerer ausgewirkt hätten als es auf diesem Weg möglich gewesen ist. Es ist dadurch eine Belastung des Verbandes mit 2279 M. einschließlich des Schadensersatzes entstanden; außerdem sind bis jetzt noch etwa 60 ältere Kollegen in Königsberg aus jenem Konflikt arbeitslos geblieben.

Alle diese Vorkommnisse haben gezeigt, daß wir in einer Zeit leben, in der die Lebensbedingungen der gesamten Arbeitererschaft außerordentlich bedroht sind. Der politischen Reaktion ist es gelungen, wieder mit Mitteln aus längst entshundener Zeit gegen die Arbeitererschaft zu regieren. Mehr als je zuvor müssen wir darauf hinarbeiten, verlorenes Terrain wieder zu gewinnen. Die Stärke der Arbeitererschaft liegt in erster Linie in ihrem „Gewerk

schaften, alle Abwehrmöglichkeit ist nur durch ihren Einfluß gegeben und auch heute noch vorhanden. Gewiß haben Wirtschaftskrisen und Arbeitslosigkeit unsere Kräfte erheblich geschwächt. Aber so weit wäre es sicher nicht gekommen, wenn nicht mangelnde Erkenntnis innerhalb mancher Kreise der Arbeiterschaft selbst der Reaktion den Boden besonders bereitet hätte, durch fortgesetzte Herabwürdigung der Leistungen und Einrichtungen der Gewerkschaften und ihrer Führung. Mehr als je ist daher Einigkeit auf gewerkschaftlichem Boden und verstärkte Agitation nötig. Besonders unter den Unorganisierten und mit Hilfe unserer Kollegenschaft in allen Gauen und allen andern Arbeiterkreisen, damit wir, wenn wirklich noch einmal gegen die Arbeiterschaft ausgeschloffen werden sollte, doch noch stark genug sind, solchen Bestrebungen kraftvollen Widerstand entgegenzusetzen!

Mit dem Beginn der Nachmittagsverhandlungen lechte eine lebhafte Debatte ein. In erster Linie erfolgte eine Richtigstellung gewisser Behauptungen über das Verhalten von Gewerkschaften zur Hilszarbeiterbewegung und eine daraus erforderliche Rechtfertigung der Gauleitung Bayern. In Verbindung damit ging ein Vertreter des Hilszarbeiterverbandes auf den Verlauf und das schließliche Ergebnis der Hilszarbeiterbewegung noch näher ein, entstandene Meinungsverschiedenheiten ansäuernd. Die Aussprache wandte sich dann den vom Verbandsvorsitzenden in seinem Situationsbericht erwähnten wilden Bewegungen zu. Die Beurteilung und Behandlung dieser Bewegungen erfolgte bis auf zwei Ausnahmen im Sinne der vom RGDV herausgegebenen Richtlinien und gemäß der bei wilden Bewegungen gesammelten Erfahrungen im eignen Gewerbe. Im Zusammenhang damit wurden auch die Maßnahmen der Gewerkschaften gegen die Notverordnung vom 5. September erörtert. Auch in dieser Beziehung waren vom RGDV und den Organisationen bestimmte Richtlinien aufgestellt worden, denen sich unser Verbandsvorsitz nach eingehender Berichterstattung über die jeweiligen Bundesausführungen in vollem Umfang angeschlossen hatte. Im Debatteverlauf gegebene Anregungen für verschiedene neue statische Feststellungen fanden beim Verbandsvorsitz das nötige Verständnis. In seinem Schlusswort kam der Verbandsvorsitzende noch einmal auf die unheilvolle politische Zersplitterung der Arbeiterbewegung zu sprechen, die sich in schlimmster Weise gegen die auswirkt. Besonders der gewerkschaftlichen Kampfpolitik sei es zu danken, daß das festeste Bollwerk der Arbeiterschaft erhalten geblieben ist. Jetzt, fünf Minuten vor 12 Uhr, sei es tatsächlich höchste Zeit für die Erkenntnis, daß die Geschlossenheit der Arbeiterbewegung nicht noch weiterhin untergeben werden darf.

Hierauf erfolgte die Stellungnahme zu den organisatorischen vorgängigen Vorarbeiten im Bezirksverein Düsseldorf, wie sie aus zahlreichen Veröffentlichungen im „Kort.“, aus Entschlüssen und sonstigen Verkaufsbarungen in weiten Mitgliedsbereichen seit langem bekannt geworden sind. Der Berichterstatter wies eingangs seiner chronologischen Schilderung der organisatorischen Düsseldorf Geschehnisse auf das umfangreiche schriftliche Material hin, das der Notwendigkeit entspringt, auf eine Änderung der Dinge im Verbandsinteresse fortgesetzt hinzuwirken. Im Hand der Zeit Jahren von Düsseldorf aus veröffentlichten Verbandsberichte konnte auch der Fernstehende erkennen, daß dort an den Organisationsmaßnahmen und den Maßnahmen der verantwortlichen Verbandsinstanzen in einer Art und Weise Kritik geübt wurde, die das im allgemeinen übliche Maß weit überstieg. Gewiß war die allgemeine Zustimmung und sich steigende Anruhe im Organisationsleben Düsseldorf mit zuzuführen auf die Höhe der Zeit und auf willkürliche Maßnahmen der dortigen graphischen Unternehmer (worauf der Berichterstatter im einzelnen zu sprechen kam), aber das berechtigte noch keineswegs, den Unmut darüber lediglich auf der eignen Organisationshemmung auszulassen, und zwar unter latenter Mitwirkung des Bezirksvorsitzenden zu tun. Als dieser am 2. Januar 1932 sein Amt antrat, erfuhr er den Gauvorsitz mit Mittelteil darüber, welche Verpflichtungen er ihm gegenüber zu erfüllen habe und erwartete baldige Instruktionen. Trotz Hinweis auf die Sagenungen wurden alle Beratungsgegenstände ungehindert in breiter Form tendenziös aufgetischt und dabei eine Atmosphäre geschaffen, die die Düsseldorf Kollegenschaft nicht zusammenzuführen geeignet war. Sondern sie auseinandertrieb. Diese Vergiftung des Versammlungslebens führte für viele eine Verkennung des Versammlungsbefehls herbei, und schließlich bildeten nur noch einseitig eingestellte Mitglieder die Versammlungsmehrheit. Fast jede Versammlung stand sozusagen unter Sturmzeichen. Gegen wohlweislich überlegte und notwendige Unterfütterungsleistungen der verantwortlichen Organisationsinstanzen wurde in Düsseldorf revoltiert und aus angeblich menschlichen und gewerblichen Gründen dagegen Sturm gelaufen. Nicht minder auch gegen Streichungen in Versammlungsberichten, die im Allgemeininteresse notwendig waren. Die Betreuung der Bezirksmitglieder und die Rücknahme auf Verbandsinteressen saßen Jürz und seine Gefinnungsgenossen von Anfang an sehr eigenartig auf. In hemmungslosen Angriffen ergingen sie sich in ihren Ausführungen gegen die Gewerkschaftspolitik. Das bezeugte u. a. die Einbringung und Annahme einer von auswärts importierten Entschlüsselung, in der u. a. folgende Forderungen enthalten waren: Klare, zielbewusste Gewerkschaftspolitik auf Grundlage des proletarischen Klassenkampfes; Mobilisierung aller graphischen Betriebe und Erwerbslosen für die Einführung der Vierzigstundenswoche bei vollem Lohnausgleich und Einstellungsstopp; Kampf gegen die politische

Entrechtung der Arbeiterschaft, Sammlung aller Kräfte zum Kampf für die Wiederherstellung der bereits verlorenen Kräfte und Milderung der geraubten Löhne und Unterfütterungen; Aktivierung der Betriebsarbeiter und Erwerbslosen für diese Forderungen und Bildung der Einheitsfront von unten durch Schaffung von Einheitsfrontorganen auf der Grundlage konkreter Kampfbedingungen. Vom Verbandsvorsitz wurde in der angenommenen Entschlüsselung gefordert, alle vorhandenen finanziellen Mittel zur Durchführung kommender Kämpfe flüssig zu machen. In den Düsseldorf Versammlungen kamen meist nur sehr links eingestellte Referenten zu Wort, während andererseits versucht wurde, selbst den zuständigen Gauvorsitzern am Reden zu verhindern. Nach dem Abschlus der letzten Tarifverhandlungen wurde den Tarifunterhändlern in völliger Verkennung der tatsächlichen Schwierigkeiten das schärfste Mißtrauen der Düsseldorf Mitglieder ausgesprochen, der sofortige Austritt des Verbandsvorsitzes verlangte sowie eine sofortige Umbestimmung über den Manteltarif und die beschleunigte Einberufung eines Verbandsstages. Beschlossen wurde ferner, überall Betriebsversammlungen einzuberufen und über den Streik abzustimmen. Nachdem diese Aktion im Sande verlaufen war, wurde vom Bezirksvorsitz zur Einberufung von Sonderkonferenzen übergegangen. Dagegen wurde vom Gauvorsitz das schärfste Verbot erlassen mit dem Hinweis, daß es einem Teil des Gaus nicht gestattet werden könne, Verbandspolitik auf eigene Faust zu treiben. Daraufhin wurde die bereits einberufene Konferenz abgefallen und beschlossen, sie erst nach der Kündigung des Lohntarifs stattfinden zu lassen. Dessenungeachtet erließ Jürz binnen kurzer Zeit wieder Einladungen zu einer neuen Sonderkonferenz zwecks Behandlung des Themas „Wie sehen wir uns gegen die neue Konterordnung zur Wehr?“ Vor dem Besuch dieser wilden Konferenz wurden die Bezirks- und Ortsvereine vom Gauvorsitz durch Rundschreiben ausdrücklich gewarnt das hinderte die Düsseldorf RPD-Zeitung nicht daran, als Organ der RGD eine lebhaft Propaganda für die Beschädigung der Konferenz zu entfalten. Diese Konferenz fand denn auch statt. Waren bis dahin alle Einladungen vom Kollegen Jürz als Beauftragtem des Düsseldorf Bezirksvereins ins Land gegangen, so bemühte sich nunmehr ein Aktionsauschuß der Sache mit Kollegen W a l e h k i an der Spitze. Man suchte damit eine breitere Form zu bekommen und wandte sich an die gesamte graphische Arbeiterschaft in Rheinland-Westfalen. Schwere Gesetze wurden aufgeschrien, und zur mündlichen Propaganda gefellte sich die schriftliche Propaganda durch Flugblätter, die zum Teil von Walecki verantwortlich gezeichnet wurden, der auch Sonderbesprechungen leitete. Gau- und Verbandsvorsitz wandten sich selbstverständlich scharf dagegen, daß Einrichtungen und Räume der Organisation verbandsfremden Zwecken nutzbar gemacht wurden.

Der spontane Ausbruch des unglücklich ausgefallenen wilden Streiks im Düsseldorf Industrieregion aus Anlaß des Hilszarbeiterkonflikts, bei dem Walecki als Vorherrscher der Streikleitung figurierte, spielte eine besondere Rolle unter den Düsseldorf Vorgängen. Trotz aller Mahnungen wurde der Streik nicht abgebrochen zu einem Zeitpunkt, an dem noch ein glühendes Ergebnis zu erzielen gewesen wäre. Er wurde vielmehr bis zum völligen Zusammenbruch von der Streikleitung weitergeführt mit dem Ergebnis, daß etwa 80 Betriebsangehörige auf der Strecke blieben. Jürz sen. war zwar nicht der Hauptschuldige an der wilden Bewegung gewesen, aber er hatte sich treiben lassen. Nach Ausbruch des Kampfes eruchte er den Verbands- und Gauvorsitz vergeblich um Legitimierung der Bewegung, und er war schließlich heilfroh, daß der Gauvorsitz die Verhandlungen zur Beilegung führte. Diesem Umstand allein war es zu danken, daß sich der Verlauf nicht noch blamabler gestaltete. Vom Gauvorsitz wurde alles getan um die Zahl der Gemahrgelassen auf ein Mindestmaß herabzudrücken und Jürz selbst im Betrieb zu halten. Das gelang. Immerhin gab die verloren Bewegung dem Düsseldorf Bezirk zum Nachdenken keinen Anlaß. Die seitherige Katastrophopolitik wurde im Gegenteil fortgesetzt. Mißstereien und Stänkereien einer bestimmten kleinen Clique blieben an der Tagesordnung, und die organisationszerstörende Politik fand keine Unterbrechung. Jürz sen. tat noch immer nichts, um Ruhe und Ordnung zu schaffen. Insbesondere wurde auch nichts unternommen, um die große Zahl von Restanten und solcher Mitglieder zu verringern, die ihre Beitragszahlung absichtlich verzögerten. Unter den Drahtziehern der Düsseldorf Vorkommnisse nahm Walecki eine besondere Stellung ein. Mit mehreren seiner Gefinnungsgenossen (W a h n e d und R e i n s t e d t e r) unternahm er es auch, die Düsseldorf Streikfronten auf andere Mitgliedschaften zu verpflanzen. Zwei andre Mitglieder (R ö n e r und J ü r z jun.) erhielten wegen ihres unqualifizierbaren Verhaltens in Versammlungen im Oktober 1932 einen scharfen Tadel durch den Gauvorsitz, unter gleichzeitiger Anfrage, daß im Fall der Fortdauer ihrer verbandsfremden Bestrebungen im Sinne der RGD, zum Ausschluss geschritten werden müsse. Diese Verwarnung blieb völlig unbeachtet, wie die unmittelbar darauf folgenden Versammlungen offenbar werden ließen, wo das Verhalten der Genannten helle Empörung bei vielen Kollegen auslöste.

Zur Beurteilung der Düsseldorf Situation konnte an dieser Stelle naturgemäß nur ein Ausschnitt aus dem vom Berichterstatter des Verbandsvorsitzes vorgetragenen Material gegeben werden. Wie er weiter ausführte, haben sich Gau- und Verbandsvorsitz fortgesetzt mit den Düsseldorf Vorgängen beschäftigt und ihnen entgegengetreten müssen. Nach einem anfänglichen, aber vergeblichen Be-

mühen, für Jürz sen. eine Brücke zu bauen, spitzten sich die Verhältnisse immer weiter zu, und schließlich mußte der Einleitung des Ausschlussverfahrens nach § 10 Ziffer 3 der Verbandsstatuten nähergetreten werden. Um so mehr, als in der Versammlung vom 19. November Beschlüsse durchgedrückt worden sind, die darauf hinauslaufen, den gesamten Verwaltungsapparat der Mitgliedschaft Düsseldorf der Opposition in die Hände zu spielen.

Nach Kenntnisnahme eines über die betreffende Versammlung eingegangenen Berichts wurde im Verbandsvorsitz einstimmig die Auffassung vertreten, daß die Dinge in Düsseldorf so wie bisher nicht weitergehen dürften. Durch eine verantwortungsbewusste Leitung müsse den Zerlegungstendenzen unbeding und schnellstens entgegen gewirkt werden. Demgemäß beauftragte der Verbandsvorsitz den Gauvorsitz, gestützt auf § 23 f der Statuten, mit allen ihm zu Gebote stehenden und anwendbar scheinenden Mitteln einzuwirken, damit im Düsseldorf Organisationsleben wieder geordnete Verhältnisse eintreten. Zur Erreichung dieses Zieles wurden bestimmtere Maßnahmen vorgeschlagen, die vom Gauvorsitz alsbald in Angriff genommen worden sind. Außer den schon genannten sechs Mitgliedern soll antragsgemäß noch gegen den Kollegen S u c h a n (wiedereingetreten 1928) das Ausschlussverfahren eingeleitet werden. Dieser hatte bereits 13 Beitragsreste und wurde in einer Düsseldorf Versammlung mit anderen Restanten zum Ausschluss gestellt. Während den übrigen Ausschüssen zugestimmt wurde, bestanderte man Suchan lediglich deshalb gesondert, weil er der Opposition angehört und man sich diese Kraft erhalten wollte. Am Schluß seiner sehr umfänglichen Ausführungen beantragte der Berichterstatter namens des Verbandsvorsitzes in Anbetracht der jahrelangen Zerlegungsarbeit in der Mitgliedschaft Düsseldorf die Vorbereitung des Ausschlussverfahrens durch die Gauvorsitz. Je nach dem Ausfall ihrer Stellungnahme, der noch eine besondere Erläuterung zugrunde gelegt werden soll, wird der Verbandsvorsitz dann seine Entscheidung zu treffen haben.

An der sich an die Berichterstattung unmittelbar anschließenden Aussprache beteiligten sich 29 Redner. Nach ergänzender Schilderung neuer Vorgänge kam übereinstimmend zum Ausdruck, daß es sich bei der eingeleiteten Aktion um einen weitreichenden Reinigungsprozeß mit gewissen Nebenwirkungen handele. Es müsse endlich gehandelt werden, zumal bereits erklärt wurde, daß damit schon zu lange gewartet worden sei. Aber schwanfend gefinst sich, vermehre das Übel nur. Für den Ausschluss kamen nur solche Mitglieder in Betracht, die schon seit Jahren organisatorische Mißarbeit betrieben haben. Auch die Herausgeber und Verbreiter der verschiedenen von parteipolitischen Verlegung und persönlichem Stand lebenden Oppositionsblätter sollten beim Ausschluß genommen werden. Von anderer Seite wurde ausgeführt, daß das, was in Düsseldorf vor sich geht, auch in Berlin, Leipzig und andern Orten früher schon durchgedrückt worden ist. Unter der heutigen Verlegungswahlstimme wiederholten sich solche Vorgänge um so leichter. Deshalb sei es vielleicht empfehlenswert, wenn von der Konferenz aus eine wohlgemeinte Mahnung zur Beherrschung ins Land hinausginge. Auch ein nochmaliger Verständigungsversuch mit der Düsseldorf Mitgliedschaft sei vielleicht erwägenswert, um den Anführer einer organisierten Opposition nicht noch schlimmer werden zu lassen als er ohnehin schon ist. Die eigenartigen Beschlüsse der letzten Versammlung und die Wahl einer sogenannten Sanierungskommission zeigen, wohin die Reise gehen soll. Man will auf diese Weise unter Beistand der des Verwalters den Apparat des Bezirksvereins Düsseldorf materiell und ideell in die Hand bekommen. In einer Mitgliedschaft von rund 1100 Mitgliedern kann unmöglich alles ehrenamtlich bewältigt werden, insbesondere nicht die Kassenangelegenheiten. Im weiteren Verlauf der Aussprache wurde noch darauf verwiesen, daß hinter den Düsseldorf Vorgängen sich nichts weiter als RGD-Politik verberge, wenn auch Verfeinerungen versucht werden. Durch zu langes Zögern im Einschreiten gegen die eigentlichen Drahtzieher sei die Situation nur schwieriger geworden. In andern Gewerkschaften kenne man eine derartige Duldbarkeit wie bei uns gegen offenbare Organisationschädlinge nicht. Ein nochmaliges Entretreten der Gauvorsitzkonferenz an den Bezirk Düsseldorf kann gar nicht in Frage kommen, nachdem von den zuständigen Instanzen schon alles Mögliche geschehen ist, um dort endlich Vernunft und Einsicht einzubringen zu lassen. Die im allgemeinen geübte vorsichtige Taktik des Verbandsvorsitzes bei Ausschüssen möge in vielen Fällen richtig gewesen sein. Gegenüber einer Opposition jedoch, die zweifellos auf eine politische Sonderorganisation zudeutet, wäre weitere Rücknahme nicht am Platz. Das gilt auch von böswilligen Restieren, wie es in Düsseldorf zu konstatieren war. Die inswischen vom Verbandsvorsitz ergriffenen Maßnahmen zur Sicherung der organisatorischen Belange entsprechen lediglich einer dringenden Notwendigkeit. Die Verbandsstatuten zeigen uns den Weg, der gegangen werden muß. Es handelt sich in Düsseldorf zweifellos um Vorgänge, die verbandsfremde Handlungen bedeuten. Es wäre falsch, die Vorgänge unter einer örtlichen Lupe zu betrachten. Man muß sich vielmehr über ihre Zusammenhänge klar werden. Es zeigt sich dabei, daß von Düsseldorf aus ein Spinnennetz gewoben werden soll zur Verwirklichung parteipolitischer Ziele, und zwar durch einen Appell an die niedrigsten Instanzen. Die Düsseldorf Drahtzieher suchen ihre Zugehörigkeit zur RGD nur zu verneinen. Ihre verbandsfremde Tätigkeit sehen sie mit allen Mitteln fort. Um so schärfer muß zugegriffen werden. Unsere sprichwörtliche Duldbarkeit gegen

verbandsfähliche Kräfte muß ein Ende haben. Gegenüber einem gekümmerten Bedenten wurde schließlich noch darauf hingewiesen, daß sowohl im Verbandsvorstand als auch in sämtlichen Gauvorständen die nichtangestellten, also noch im Produktionsprozeß stehenden Mitglieder weit überwiegen. In dieser Tatsache liegt die beste Gewähr für eine objektive, den selbstgegebenen Satzungen entsprechende Durchführung des Ausschlußverfahrens.

In seinem kurzen Schlusswort wies der Vorstandsvorsitzende ausdrücklich darauf hin, daß ein Ausschluß aus dem Verband wegen politischer Überzeugung nicht in Frage kommt. Nur solche Mitglieder, die sich fortgesetzt in verbandsfähigem Sinn betätigen, d. h. Handlungen begreifen, die die Interessen des Verbandes fördern und seinen Grundzügen zuwiderlaufen, haben nach § 10b der Satzungen mit ihrem Ausschluß zu rechnen. In außergewöhnlichen Fällen erfolgt der Ausschluß durch den Verbandsvorstand mit Zustimmung der Mehrheit der Gauvorstände. Zu den Vorgängen im Bezirksverein Düsseldorf muß im Interesse der Gesamtorganisation von den Gauvorständen Stellung genommen werden.

Bei der darauf vorgenommenen Abstimmung erklärte sich die Konferenz gegen nur eine Stimme mit der Einleitung des Ausschlußverfahrens gegen die genannten Düsseldorfer Mitglieder einverstanden.

Mit der Erledigung dieses Tagesordnungspunktes fanden die Verhandlungen des ersten Tages in später Abendstunde ihren Abschluß.

### Konjunktur- oder Systemkrise?

Die Auffassung, daß wir gegenwärtig eine der größten Krisen durchmachen, hat sich immer mehr durchgesetzt. Damit erhebt sich auch immer mehr die Frage: „Ist diese Krise nur eine gewöhnliche Konjunkturkrise oder eine Krise des kapitalistischen Systems?“ Die Beobachtung und die Geschichte der Krisen beweist uns, daß diese jetzige Krise eine Systemkrise ist. Die Geschichte zeigt uns, daß die Elemente zur Unturbelung der Wirtschaft folgende waren:

1. Erfindungen.
  2. Ausbau des Vorhandenen.
  3. Eroberung neuer Absatzmöglichkeiten.
- Seit Bestehen des Kapitalismus hatte er zwölf Krisen durchgemacht. Diese traten ungefähr alle zehn Jahre auf. Die erste war 1816. Die großen Kriege waren vorüber. Der Frieden kam. Die Fabriken hatten sich auf den großen Heeresabzug eingestellt. Dieser fiel weg. So entstand diese Krise. Sie wurde behoben durch die Erfindung und Einführung der Straßenbahnen und des Gases. Viele Bankenruindungen fanden statt. Die nächste Krise entstand durch große Bankenkrisen. 1825 brachen allein in England 70 Banken zusammen. Die Unturbelung geschah durch den Bau von Eisenbahnen und Dampfmaschinen. Die nächsten Krisen waren 1836 und 1847. Behoben wurden sie durch den Ausbau der Wirtschaft zu Großunternehmungen vermittelnd der Aktien und der Entwicklung zur Weltwirtschaft. Die fünfte Krise 1857 wurde behoben durch Erschließung neuer Kolonien sowie durch Bauernbesetzung in Rußland und Abhängigkeit der Sklaverei in Amerika. Die sechste Krise wurde überwunden durch die Kriege 1864 bis 1871. Wir haben ja auch am eigenen Leibe spüren müssen, diesen brutalen Ausweg des Kapitalismus. Der Gründertraum von 1873 wurde durch die Ausbentungen von Erfindungen in der Chemie und Physik wieder gutgemacht. Bei der Krise 1882 half der Benzinmotor. 1893 sind die Momente des Aufstiegs der Ausbau der Elektroindustrie, steigende Goldgewinnung in Südafrika, Entstehung der Automobilindustrie.

1900 bis 1901 war die letzte große Weltkrise unter normalen kapitalistischen Verhältnissen. Deshalb muß man

diese Krise genauer betrachten, denn erstens ist sie die letzte ihrer Art und zweitens sind da schon die ersten Anzeichen zu bemerken, welche die heutige Krise bewirkten. Der Aufschwung nach der Krise 1890 bis 1893 begann mit niedrigen Preisen, zunehmender Kaufkraft und Beschäftigung. Die Löhne stiegen. Die so wachsende Nachfrage entwarf die Unternehmungslust. Die alten Betriebe erneuerten sich oder man baute neue. Dadurch großer Bedarf an Rohstoffen (Eisen, Kohle). Es entstand eine Warenknappheit, die wiederum Preissteigerungen bewirkte. Die Fabriken richteten sich auf gesteigerten Bedarf ein. Alles das kostete Geld. Die Nachfrage nach Geld, nach Kredit, stieg. Die Banken erlebten die glanzvollste Konjunktur und gaben Kredit, soviel sie konnten. Aber — die Nachfrage nach Kredit feierte die Jünglinge. Der Reichsbankdiskont stieg 1899 innerhalbs weniger Monate von 4 Proz. auf 7 Proz. Doch gerade durch die hohe Zinslast war es den Werken nicht mehr möglich, die Löhne weiter zu steigern, wie es der Preissteigerung des Einzelhandels entsprachen würde. Damit fehlte plötzlich ein Glied zur Weiterentwicklung. Die größte Verbraucherschatz, die Arbeiterschaft, kaufte nicht mehr soviel wie früher. Der kleine Kaufmann merkte es zuerst. Er bestellte etwas weniger beim Großhändler. Der spürte den Nachschlag schon merklicher. Der Prozeß wurde immer härter beim Großhändler, beim Fabrikanten. Dieser sah durch das Nachlassen der Bestellungen, daß er mehr erzeugte, als der Markt aufnehmen konnte. Er sagte sich, daß es Ansturm wäre, die Fabriken weiter auszubauen oder neue Maschinen zu kaufen. So entstand die Stöckung, die sich laminarartig durch die ganze Wirtschaft fortpflanzte. Die Banken als Kreditgeber merkten jetzt, daß etwas nicht in Ordnung war. Das Vertrauen schlug in Mißtrauen um. Es wurden keine Kredite mehr gegeben, die alten so schnell wie möglich zurückgezogen, trotzdem jetzt gerade Kredit am nötigsten war. So kam ein schneller Absturz. Alles hatte Angst, auf seinen gefüllten Lagern sitzen zu bleiben und drängte auf Verkauf der Waren. Die Preise stürzten. Es gab riesige Verluste. Zuerst brachen die Kleinen zusammen, dann die Mittleren, zuletzt die ganz Großen, das waren die Banken. Die Spirale ging aber weiter abwärts. Durch den Preissturz versuchte man eine Senkung der Selbstkosten durch Senkung der Löhne und Arbeiterentlassungen. Da hierdurch die Massenkaufkraft geschwächt wurde, konnte sich trotz des Preissturzes der Absatz der Waren nicht weiter entwickeln. Die Folge war: weitere Preisentungen, Lohnsenkungen, weitere Arbeiterentlassungen usw. — Die Unturbelung geschah durch den Ausbau der Auto- und Flugzeugindustrie, durch drahtlose Telegraphie und Kunststoffe. Auf dem Weltmarkt und in den Kolonien spielten sich heftige Konkurrenzkämpfe ab. — Die nächste Krise 1913 ist durch den Krieg verhindert worden. Der Kapitalismus hat seinen andern Ausweg, so mußten unsere Väter und Brüder mit ihrem Leben neubewinnungsfähigerstellen. — Wir können an den obigen Krisen überall sehen und auch verstehen, warum der Konjunkturausbruch Punkt bei den Produktionsmittelindustrien steht. Alle Krisen waren mehr oder weniger „Wachstumskrisen“.

Nach dem Krieg hörten diese Wachstumskrisen auf und sogenannte „Funktionsstörungen“ traten auf. Nach kurzer Nachkriegskonjunktur, bedingt durch die Umstellung von Kriegs- auf Friedenswirtschaft, begann die erste Krise 1920. Die Gründe dieser Krise waren ganz andere, als die der vorhergehenden tzen. Während wir hier in Europa nichts Besseres zu tun hatten, als riesige Werte zu vernichten, fanden in unsern ehemaligen Export- und Rohstoffländern Industrialförderung und Rationalisierungen statt. Beides für den eignen Bedarf, der ja von Europa ausfiel, und für die Kriegsführung dort. Europa hatte einen brennenden Bedarf für alle Landwirtgüter. Durch diese Nachfrage rationalisierte man drüben die Landwirtschaft. Nach dem Krieg

hörte dieser Bedarf auf. Amerika und der Osten drängten Europa aber weiterhin ihre riesigen Rohstoffzeugnisse auf. Dagegen nahmen sie ihm aber keine Waren ab, weil sie ihren Bedarf selber deckten. So entstand die Lähmung der europäischen Wirtschaft. Die Industrieanlagen hatten keine Arbeit. Arbeitslosigkeit wurde zur Dauererscheinung. Die Masse streikte als Verbraucher, weil sie nicht kaufen konnte. So konnten die Industrieländer keine Rohstoffe und Lebensmittel kaufen. So ist in den alten kapitalistischen Ländern eine „Unterproduktion“ zu bemerken, während früher das Typische die Überproduktion war. Dagegen entstand in den Rohstoff erzeugenden Ländern eine „Überproduktion“, da der Absatz fehlte für die forcierte Rohstoffzeugung. So kam der Zustand, daß die Industrieländer hungerten, während die Agrarländer ihre Produkte vernichteten. Die Unturbelung war nur eine scheinbare. Der Aufbau geschah mit amerikanischem Kapital. Das war die berühmte „Rationalisierung“, die Vervollkommnung der Produktionsmittel, obwohl wir an einer Unterproduktion litten. Der Rückschlag kam bald. Es ist die jetzige, die zwölfte Krise. Wir stehen einem vollkommenen Chaos gegenüber. Dem Kapitalismus fehlen die Auftriebskräfte. Wollen wir tatsächlich aus dem Elend heraus, so muß eine radikale Umkehr von den Ideengängen des Kapitalismus vorgenommen werden. Da sind die alten Vorkämpfer der Gewerkschaften, die jetzt von der sozialdemokratischen Partei dem Reichstag und der Öffentlichkeit vorgelegt sind, von außerordentlicher Wichtigkeit. Sie sind der Gegenvorschlag auf die Pläne einer Schicht, die noch mit den Scheitern einer vergangenen Wirtschaftsepisode stehen. Sie können ein Übergang sein zu einer neuen künftigen Wirtschaftsweise, in deren Mittelpunkt nicht der Gewinn und die Akkumulation Geld, sondern der Mensch und sein Bedarf stehen.

Freiburg.

J. h. S. G. m. d. t.

### Erhöhung der Papierpreise

Die Papierindustrie verfolgt Pläne, die geeignet sind, die Anzeichen der Wirtschaftsbefehung im Buch- und Stein-druckgewerbe gründlich zu zerstören. Sie beabsichtigt, eine allgemeine Preisverhöhung für sämtliche Papierarten durchzuführen. Für mehrere Sorten sind die Preise bereits heraufgesetzt worden. Begründet wird diese ungeheuerliche Maßnahme mit dem Hinweis auf die Wertenerung der Zellstoffe und der Holzpreise im Osten, durch die zur Zeit eine billigere Rohstoffdeckung nicht möglich sein soll. Es ist richtig, daß das Deutsche Zellstoff-Syndikat die Preise ab 15. Oktober für geleistete Zellstoffe um 1.00 M. bis 1.70 M. je 100 Kilogramm erhöht hat. Aber diese Preisverhöhung stellt sich durch nichts rechtfertigen, sie steht einzig in der ganzen Welt da. Die anderen papiererzeugenden Länder, wie Kanada, die Polen, haben die Papierpreise in letzter Zeit noch herabgesetzt, und Schweden, das für die europäische Papierbedarfsdeckung von größter Bedeutung ist, hat die Erhöhung der Preise nicht vorgenommen. Bis heute ist die Heraushebung der Zellstoffpreise eine deutsche Angelegenheit, und hier sind es die Kartelle, die geradezu unerantwortlich handeln. Es kann nicht bestritten werden, daß die deutschen Zellstoffhersteller mit dem Ausland, vor allem mit Schweden, in Verhandlungen getreten sind, um die allgemeine Erhöhung der Preise durchzusetzen. Was die deutschen Syndikate damit erreichen wollen, ist zu durchsichtig, daß auf den ersten Blick die Hintergründe gleich in die Augen springen. Sie wollen ein einheitliches Vorgehen erzielen, damit es nicht den Anschein hat, als handle es sich hier um eine rein deutsche Maßnahme. Die deutschen Papierindustriellen als Preisstreiter auf dem europäischen Markt — das kennzeichnet ihre Einstellung. Angesichts der hohen Arbeitslosigkeit im

### Mensch und Maschine

Der Mensch ist Herr und Schöpfer der Maschine, seinem Geist und seinen Händen verbannt sie ihren Ursprung und seinen festesten Winken gehorcht sie. Der Mensch ist Diener und Sklave der Maschine, er hat sie zu „bedienen“ und ist ihr hörig mit Körper und Geist. Die Maschine ist dem Menschen eine Gegenpenderin, die ihm die Arbeit erleichtert und das Leben schön und angenehm macht. Die Maschine ist dem Menschen aber auch eine Fluchbringerin, sie macht ihm die Arbeit zur Qual und das Leben unerträglich.

Ein Widerspruch, wie er drahtlicher nicht gedacht werden kann, der aber dennoch für Weise wie für Toren gleichermaßen Geheimnisse birgt. Zu offenkundig ist die Ursache dieses Widerspruches, die in der Unvernunft der kapitalistischen Gesellschaftsordnung begründet ist. Der Kapitalismus, der als bewegendes Moment nur den Profit kennt, festhimmte unter diesem Gesichtspunkt das Verhältnis des Menschen zur Maschine. Der weltgeschichtlichen Mission des Kapitalismus: Steigerung der Produktion, feste das ethische Moment; sie entbehrte gänzlich des tieferen Sinnes, der gleichzeitiger Sphärenentwicklung der menschlichen Gesellschaft. Und so mußte auch der Kapitalismus versagen bei seiner zweiten Aufgabe, der funktionsmäßigen Verteilung der mehrerzeugten Güter. Unter dem Einfluß solcher Mächte mußte sich Segen zum Fluch wandeln: Die Maschine wurde „entfesselt“, im Dienste des Kapitals, nicht der Menschheit! „Vernunft ward Unfuss, Wohlthat Plage!“ Da aber nur solche Kräfte gefesselt werden, die dem Menschen gefährlich werden können (Wohlfühlung ist des Feuers Macht, wenn sie der Mensch bezähmt, bewacht!), so müssen sich auch entfesselte Kräfte unheilbringend auswirken. (Doch furchtbar wird die Stimmkraft, wenn sie der Fessel

sich entrafft!) Die Entfesselung der Maschine, die ihres tieferen Sinnes beraubt, ihres eigentlichen Zweckes entzogen wurde, rächte sich furchtbar. Zur Dienerin des Menschen bestimmt, wurde die Maschine seine Tyrannin, die einmal den zerstückt wird, der sie dazu machte: den Kapitalismus!

Welches ist der Sinn der Maschine? Die Antwort hierauf ist so einfach und selbstverständlich, daß es nur Wunder nehmen kann, wie ihr Sinn, dem Menschen eine Helferin zu sein, in das Gegenteil verkehrt werden konnte. Dem war nicht immer so. Erst die kapitalistische „Kultur“ hat es „herzlich weit gebracht“. Die Maschine wurde geboren aus dem Verlangen des Menschen nach Erleichterung seiner Arbeit und der Vervollkommnung des Produktes. Sie ist so alt wie der menschliche Ingenium. Wer vermöchte zu sagen, vor wieviel Jahrtausenden die erste Maschine erfunden wurde? Im Provinzial-Museum zu Hannover befindet sich eine von Museumsdirektor Dr. Jakob-Friesen aus primitivstem vegetabilischen Material rekonstruierte prähistorische Bohrmaschine, die durch aus diese Bezeichnung verdient. Es ist sehr wohl wahrscheinlich, daß der Mensch der Steinzeit sich einer solchen Maschine bediente, um damit seine Waffen und Werkzeuge zwecks Befestigung der Schäfte auszubohren. Bohrung und Schließ dieser Geräte lassen eine hohe Technik erkennen und können zweifellos nur maschinell gefertigt sein. Von der frühgeschichtlichen Technik und ihrer gewiß sehr beachtlichen Maschinen zeugen die auf unser Tage überkommenen gewaltigen Bauten und Denkmäler dieser Zeit. Daß der Mensch des Altertums bedeutende Maschinen erlangt, bezeugen die noch vorhandenen alten Kulturstätten. Welch ingenieure Maschinen der Mensch im Mittelalter erdachte, erweist neben vielen andern Museen vor allem das Deutsche Museum in München. All diese Zeugen ver-

gangenor Kulturen waren Dienerinnen der Menschen ihrer Zeit, sie erleichterten ihm die Arbeit, deren Maß und Tempo er bestimmte. Der Mensch hatte Freude an der Arbeit und am Werk, das den Stempel seines Geistes trug. Noch war die Dienerin des Menschen „gefesselt“, er bediente sich ihrer, aber er bediente sie nicht!

In diesem Verhältnis tritt eine Änderung ein, als die Antriebskraft mechanisiert wurde und der neuzeitliche Kapitalismus sich der Maschine bemächtigte. Nun wird die Maschine „entfesselt“. Das Maschinenzeitalter beginnt! Die Maschine bestimmt nun das Tempo der Arbeit, sie spannt den Menschen in ihre Zock und beginnt ihn zu verdrängen. Aus der Dienerin wird die Herrin und Konkurrentin des Menschen. Diese Tatsache findet in dem Schicksal des ersten Dampfschiffes einen gleichsam symbolischen Ausdruck. Im Jahr 1707, genau hundert Jahre bevor Fulton's erstes Dampfschiff den Hudson besuhr, machte der in Warburg amtierende Pfahler Papin mit einem von ihm konstruierten Dampfschiff die ersten Fahrversuche auf der Fulda. Hiergegen nahmen die Schiffernachte der Weser und Fulda eine feindselige Haltung ein; sie fühlten sich instinktu durch das rauchende und tauchende Ungeheum in ihrer Existenz bedroht und zerstört in Anwesenheit und egoistischer Furcht die eiserne „Konkurrentin“. Hundertdreißig Jahre später erfüllt sich die Befürchtung dieser ersten „Maschinenkiller“. Der Kapitalismus hat in seinem profitwütigen Streben den Sinn der Maschine in das Gegenteil verkehrt und nun den Menschen rückwärtslos in den Dienst der Maschine gezwungen. Die Maschine wurde zum bösen Moloch! Aus den erschütternden Berichten, die Friedrich Engels in seinem Werk „Die Lage der arbeitenden Klasse in England“ über diese frühkapitalistische Zeit gibt, wissen wir, wie hier die „entfesselte“ Maschine gleichsam lebendiges Menschenfleisch

graphischen Gewerbe kann dieses Vorgehen nicht scharf genug verurteilt werden. Das treibende Element bilden dabei die Kartelle, die einen Druck auf die Papierfabriken ausüben, daß sie die Erzeugung einschränken und gleichzeitig die Preise erhöhen.

Die Kartelle haben feste Konventionen geschlossen, die neuerdings so umgestaltet werden sollen, daß die Erzeugung dem Bedarf angepaßt wird. Vorgelesen ist die Erzeugung auf 60 Proz. der Produktion von 1929 festzusetzen. Als Grundlage hierzu dient den Kartellen die Ermittlung des Europäischen Zellstoffindizes, daß der europäische Papierbedarf im Jahr 1932 gegen 1929 um 40 Proz. gesunken ist. Für Deutschland stimmen diese Zahlen nicht ganz. Das geht schon daraus hervor, daß die deutsche Papierindustrie im September 1932 zu 71 Proz. von 1929 beschäftigt war. Weiter liegen noch andere Beweise dafür vor, daß die deutsche Papierproduktion nicht in dem für Europa ermittelten Umfang gesunken ist. Sieht man die Papierproduktion von 1928 gleich 100, so betrug nach den Feststellungen des Instituts für Konjunkturforschung die deutsche Papierproduktion im ersten Vierteljahr 1932 76,3 und im zweiten Vierteljahr 79,1. Die Erzeugung von Zeitungsdruckpapier stellte sich im ersten Vierteljahr 1932 auf 77,8 und im zweiten Vierteljahr auf 77,3. Bei der Produktion von holzhaltigem Papier stieg die Produktion von 77,7 im ersten Vierteljahr 1932 auf 82,7 im zweiten Vierteljahr. Wir sehen daran, daß die Erzeugung im Lauf dieses Jahres nicht unmerklich gestiegen ist. Deshalb wird wohl nicht mit Unrecht behauptet, daß die Produktionssteigerung die eigentlichen Gründe für die Preiserhöhung sind. Das Geschäft geht den Kapitalisten wieder einmal über die Schulter der Wirtschaft.

Aber selbst wenn der Papierbedarf um 10 Proz. zurückgegangen ist, so spricht der Rückgang nicht für die Erhöhung der Preise, sondern dagegen. Erhöhte Preise fördern nicht den Absatz, sondern hemmen ihn. Es liegt außerdem die Gefahr vor, daß es nicht bei den vorerwähnten Preiserhöhungen um durchschnittlich 20 Proz. bleiben wird. Für den Konsumenten ergeben sich schon daraus weitere Preiserhöhungen, daß die Lieferbedingungen verschärfen und der direkte Bezug von den Fabriken künftig an ein Mindestquantum gebunden wird, so daß aus diesem Grund unter Umständen Preiserhöhungen um 25 bis 30 Proz. für den Händler herauskommen. Außerdem sind die Sortenausschläge wieder einzuführen, wovon sich für bestimmte Qualitäten Ausschläge bis zu 50 Proz. ergeben.

Die Papierindustrie schlägt hier einen Weg ein, der dazu führt, daß sich die Beschäftigungslage im Buch- und Steinbrudergewerbe noch mehr verschlechtert. Das graphische Gewerbe ist nur zu 50 Proz. seiner Leistungsfähigkeit beschäftigt. Die Buchherstellung ist enorm gesunken. In diesem Augenblick kommen die Papierindustriellen und sehen die Preise herauf. Die Indexziffer der Großhandelspreise für Papierstoffe und Papier ist von 888 im September auf 92,2 Mitte November gestiegen. Im Oktober betrug der Monatsdurchschnitt 90,3. Das genügt den Papierindustriellen noch nicht. Während die Kaufkraft der breiten Massen immer mehr abgeht wird, sehen die Kapitalisten die Preise herauf. Das nennt man Ankerhebung der Wirtschaft!

### Korrespondenzen

Burg 6. M. Anlässlich der 60jährigen Mitgliedschaft des Kollegen Julius Röhm veranstaltete unser Ortsverein am 12. November im „Volkshaus“ eine Jubiläumssfeier. Wenn auch die jetzigen Verhältnisse nicht dazu angetan sind, Feste zu feiern, so hat man es doch als eine Pflicht erachtet, zu Ehren eines alten Gewerkschaftlers abseits von den Sorgen des Alltags gemeinsam einige

freie Stunden zu verleben. Und dieser Zweck hat vollauf seine Rechtfertigung gefunden. Den erlangenen Einladungen aus nah und fern wurde vollauf Rechnung getragen, zum andern gaben auch die langjährige Tätigkeit unseres Jubilars als Funktionär und Gründer unseres Ortsvereins Anlass dazu. Erhlichen waren Gauvorsteher König (Halle) und Vertreter des Bezirks- und Ortsvereinsvorstandes Magdeburg, Genthin, außerhalb des Berufs tätige Kollegen sowie der Ortsauschuss des DGB. Ein Konzerttrio leitete die Feier mit einigen Musikstücken ein. Der eigens für diesen Zweck ins Leben gerufene Kollegenverein brachte zwei Weisheitslieder zu Gehör. Der Vorsitzende des Ortsvereins, Kollege Tenuta e d t, würdigte in seiner Begrüßungsansprache die Tätigkeit des Jubilars und den Verband gehaltene Treue. Einen unerfennbaren Eindruck hinterließ der von dem Lehrling Otto Spelge vorgetragene Prolog. Die Festansprache hielt Kollege König. Darin appellierte er an die jungen Kollegen, tatkräftig im Verband mitzuarbeiten, sich an den Alten ein Vorbild zu nehmen und das Geschaffene zu erhalten und weiter auszubauen. Nach Überreichung einer Brieftasche mit Inhalt fangen seine Worte in einem allseitig aufgenommenen Hoch auf den Verband aus. In der Reihe der Gratulanten übertrafste Kollege Winkel (Magdeburg) und ein Genthiner Kollege Glühwürmchen und Gensche. Nach der Beer-Gymn-Suite von Grieg folgte als Abschluss des ersten Teils des Programms ein Melodienkonzert von Lehlar. Während der erste Teil der Ehrung des Jubilars gewidmet war, kam im zweiten Teil der Humor durch Mitwirkung des Berliner Quartetts zu seinem Recht. Es brachte humoristische Vorträge, satirische und heitere Rezitationen in zeitgemäßer Gestaltung, wobei die Lachmuskeln in Bewegung gehalten wurden. Anfallender Beifall belohnte die vortrefflichen Darbietungen. Die Zeit war ziemlich vorgeschritten, als die Tanzlustigen zu ihrem Recht kamen.

Abends. Am 20. November fand unsere Herbst-Bezirksversammlung in Giebichen statt. Kollege Fröbel begrüßte die Anwesenden und besonders unsere Gauvorsteher Sahmann herzlich. Anschließend referierte dieser über die freien Gewerkschaften und die Wirtschaft. Vom Weltkrieg und seinen verhängnisvollen Folgen ausgehend, schilderte er in leichtverständlicher Weise die Ursachen der furchtbaren Wirtschaftskrise, die die ganze Welt in ihre Fesseln geschlagen habe. Dann kam er auf die Gegner der freien Gewerkschaften ausführlich zu sprechen. Welche Erfolge auch seit der Demobilisierung in wirtschaftlicher Hinsicht aufgebaut worden seien, immer habe die Gegenseite versucht, sie unmöglich zu machen und, wenn dies nicht erreicht wurde, die Erfolge zu verfeinern. Heute führen die Gewerkschaften einen verzweifelten Kampf um die Erhaltung der erungenen Positionen. Die Zerpfitterung der Arbeiterkraft erschwere allerdings diesen Kampf. Aber auch das werde überwunden werden müssen. Die weiteren Ausführungen galten der Stellung der Gewerkschaften zu den Notverordnungen der Regierungen Brüning und Papen. Besondere Kritik erfuhr die letzte Notverordnung, die dem Arbeiter seine Grund- und Lebensrechte abdrückeln würde. Nach kurzer Aufzählung sind die anstehend verlaufende Versammlung ihren Abschluss.

Gesentzinsen. In unserer „außerordentlich“ stark besuchten Versammlung am 27. November gelangte eine Entschliessung einstimmig zur Annahme, wonach die Mitgliederversammlung von allen Verbandseinlagen die entscheidendste Abwehr aller Angriffe auf die tariflichen Sonderbestimmungen und die Ortszuschläge erwartet.

P. t. e. Köln. In unserer Bezirksversammlung am 3. Dezember wurden zuerst einige Minuten des Gedankens und Bestimmens unsern verstorbenen früheren Gauvorsteher Kollegen Betram gewidmet. Vorhinder Janzen ließ seine Verdienste um die Sache der Arbeiter-schaft im allgemeinen und die der Kollegen im besonderen mit ehrenden und anerkennenden Worten an uns vorbeiziehen, wobei er besonders seiner Tätigkeit in den feilsch- und physisch aufreibenden ersten Nachkriegsjahren gedachte, die die stärksten Anforderungen an ihn stellten. Es war ihm insofern eine heimlichliche Krantheit nicht vergönnt, seinen Lebensabend in Beschaulichkeit und im ver-

dienten Ausruhen zu verbringen. Die Kollegen werden ihm auch in der Zukunft, wo Menschenleben und Leistungen sehr tief im Kurs stehen, ein ehrendes Andenken bewahren. Nach Überlegung einiger geschäftlicher Angelegenheiten und Überweisung einer Aufnahme an den Gauvorstand genehmigte die Versammlung die vom Vorstand vorgeschlagene Weihnachtsgabe an arbeitslose und invalide Kollegen sowie an die Witwen der in den letzten fünf Jahren verstorbenen Kollegen. Der Betrag für den einzelnen arbeitslosen Kollegen erfährt entsprechend den Klassenverhältnissen gegenüber dem Vorjahr eine kleine Entkung, konnte aber aus eignen Mitteln der Ortskasse zur Verfügung gestellt werden. Dann unterzog Kollege Janzen die gewerbliche Lage in unserm Bezirk einer Beleuchtung. Das Bild paßt sich wohl dem allgemein anzutreffenden gewerblichen Gesicht an: Tiefstand der Wirtschaft mit allen seinen schweren und drückenden seelischen und materiellen Belastungen für die Arbeiterschaft, weiterer Angriff auf das soziale Problem, überwiegend rücksichtslose Abwägung des Geschäftserfolgs auf die Schultern der Arbeiter, steigende Ausnutzung der Genussture des Arbeitsmarktes und Unfähigkeit der noch Beschäftigten bezüglich ihrer Arbeitsplätze. Die Gesamtbeurteilung in unserm Bezirk ist keineswegs ermutigend. Alle Hoffnung auf eine merklliche Belebung der Wirtschaft und einigermaßen normale Beschäftigungsmöglichkeiten erwiesen sich als trügerisch. Besondere Interesse fanden die Ausführungen über die verurteilte Anwendung der Notverordnung betreffend gefährdete Betriebe von einer hiesigen Großbruderei und Zeitungssverlag, wo Verbändern und Gutenbergsbüchereien. Dieser Betrieb ist auch ein Beispiel von den vielen, wie die Aufzählung nach oben und Festinvestierungen die „Weitsicht“ dieser Wirtschaftsführer böse heringelegt hat. Aber man wollte gar nur nicht den Anschlag verpassen. Diesen Fehlern verlust man dadurch, als der Weisheit letzten Schluss zu begegnen, indem man die Lebenshaltung der dort Beschäftigten auf ein kaum erträgliches Maß zu drücken und die Arbeitskraft besonders des technischen Personals in nie gekannter Weise auszunutzen versucht; Ausnutzung der Notlage der Arbeiter in höchster Steigerung. Die Verhandlungen über den beschlagnahmten 20prozentigen Tariflohnabbau verliefen ergebnislos. Ein Dorn im Auge ist den Herrschaften das Vorliegen der Bücher. Es könnte ja dadurch auch mal so manches an das Licht der öffentlichen Meinung gezogen werden, das mit als Ursache der entstandenen betrieblichen Schwierigkeiten auch für jeden Außenstehenden einleuchtend sein würde. Wenn es um die Interessen des Geldbeutels geht, hört die täglich gepredigte Liebe zum Nächsten auf. Die irdischen Güter müssen eben nach der Auffassung dieser Leute mit allen Mitteln verteidigt werden. Das ist nun einmal auch christlicher Grundhalt. Der Schlichter hat das Ansehen der Firma vorläufig verliert. Jetzt versucht man nun, die letzten Reste der überinnommenen Bezahlung abzubauen. In dem Betrieb wird seit längerer Zeit zum Teil verkürzt gearbeitet. Der Vollständigkeit halber sei erwähnt, daß die hiesige KPD-Preise den Einheitsfrontgedanken dadurch „fördernde“, daß sie über die Bewegung alles and, nur nicht die Wahrheit schrieb. In der Diskussion wurden im Zusammenhang mit diesem Thema auf die überbelegter „Nennverdienste“ mancher Kollegen — unterstellt und angetrieben von Faktoren, die sich den Blick an der „Sonne“ bedienen wollen — hingewiesen. Auch diese Kollegen erhalten an einem vom Prinzipal zu bestimmenden Zeitpunkt überwiegend den Gelestritt, wenn ihre Ware ihnen nicht mehr feil gehen will. Unser Tarif gibt eine sehr gute Handhabung, um Verdienst und Leistung in ein gerechtes Verhältnis zu bringen. Diese Notwendigkeit dürfte für manchen Maschinenleger bestehen. Als Extrakt zu diesem Punkt fand folgende Entschliessung die einstimmige Billigung der gut besuchten Versammlung: „Die am 3. Dezember 1932 abgehaltene Versammlung des Bezirksvereins Köln im Verband der Deutschen Buchdrucker erwartet von ihren Unterhändlern bei den Verhandlungen über die Sonderbestimmungen der einzelnen Experten und der Anlage A des Tarifs, daß sie zu keinerlei Verschlechterungen die Hand bieten, da die Kölner Kollegen einmütig bereit ist, jedwede Verschlechterung mit allen gewerkschaftlichen Mitteln zu verhindern.“ Eine angenehme Abwechslung

trift. Von der lebenszerstörenden Wirkung der entfesselten Maschine zeugen in nicht minder ergreifender und aufwühlender Weise bedeutende Dichterverke, wie Hauptmanns „Weber“ und Tollers „Maschinenkürmer“. Nicht zu reden von den Zeugnissen der Ärzte und den Einwendungen der Ethiker. Und dabei stand die mechanisierte Maschinentechnik noch in ihren Anfängen. Sätze die kapitalistische Ausbeutungsmethode mit der Entwicklung der Technik gleichen Schritt gehalten, so wäre sie bald um „Futter“ für ihren Götzen verlegen gewesen. Daß es dazu nicht kam, ist nicht ihr Verdienst. Die Opfer der Maschinen geboten selbst diesem Treiben Einhalt. Aus dumpfer Empörung erwuchs organisierter durchgeistigter Abwehrwille: der Sozialismus trat auf den Plan!

Aber immer noch hält der Kapitalismus die Maschinen in seiner machtgerierigen Hand und macht sie seinem kulturr- und menschenfeindlichen Streben dienlich. Noch immer muß der Mensch der Maschine dienen, anstatt die Maschine dem Menschen. Die Technik steht noch in ihren Kinderschuhen, ungeahnte Entwicklungsmöglichkeiten sind gegeben, diese aber sollen allen und nicht einigen zugute kommen! Immer neue Maschinen tauchen auf, die die Leistungen steigern und menschliche Arbeitskraft entbehrlich machen. Es hat dahin geführt, daß durch die Maschine das zehn-, zwanzig-, ja hundertfache der bisherigen Arbeitsleistung erzielt werden konnte, und weitere Steigerungen sind mit Sicherheit zu erwarten. Trotz wesentlicher Verminderung ihrer Arbeiterzahl konnten Unternehmungen das Mehrfache ihrer sonstigen Produktion erzeugen. Was aber geschieht darauf? Wird nun die Arbeitszeit gekürzt, das Tempo gemäßigt, um die Arbeiter halten zu können? Ach nein, man „rationalisiert“! Das heißt, man „rinnst ein „System“, das mit möglichst wenig Menschen möglichst viel aus den Maschinen herausholt und damit

diese Menschen zu willenslosen Sklaven der Maschine macht. Und warum? Damit die Maschinen sich „rentieren“! Und die Menschen? Geht Antwort ihr „Rationalisierer“! Wo bleibt da eure „Barmherzigkeit“? — Barmherzig wird Asinum!

Die Maschine dringt in alle Berufe und Gewerbe ein; kaum gibt es noch einen berufstätigen Menschen, der sich ihrer nicht bedient, oder die nicht dient. Ganz besonders aber wird das graphische Gewerbe von dieser Mechanisierung erfasst. Es vergeht kaum eine Woche, in der nicht irgendeine neue Maschine auftaucht, die irgend etwas gießen, sehen, drucken, prägen, heften oder schneiden soll, in einem bisher ungeahnten einfachen, schnellen und sauberen Verfahren. Oder es werden Verbesserungen getroffen, die nun nicht mehr zu überbieten sind. Die Fabrikanten dieser Wundermaschinen — auch sie, die Fabrikanten, wollen leben — überschwenmen mit ihren Prospekten die Druckerkontore und versichern darin, daß der glückliche Besitzer einer solchen Maschine damit alle Konkurrenz erledigen kann. Nun kann er fogenossen schlafen, denn trotz fünfzigprozentiger Lohnerparnis kann er die Produktion hundertprozentig steigern. Solch eine Maschine kostet zwar eine Stange Geld, aber — bei diesen Vorteilen? Wer will es dem Unternehmer verargen, wenn er dadurch sein Kapital sichern und mehren kann? In soundso viel Monaten, oder sagen wir mal Jahren, hat sich die Maschine allein durch Lohnerparnis bezahlt gemacht. Aber — verdammte! — Die Erwartungen erfüllen sich nicht ganz, es fehlt auch an der „Auftragsdecke“, außerdem stehen da noch mehrere Maschinen, die sich schon lange nicht „rentieren“. Aber woran liegt das? Natürlich an der „Deflation“ der Maschine! Wenn der unvernünftige Arbeiter nur eine Maschine „bedienen“ und womöglich nur sieben oder gar nur sechs Stunden arbeiten will, dann ist die Maschine „gepflegt“. Der Betrieb „prospriert“

nicht, die Aufträge bleiben der hohen Löhne wegen aus und die Wirtschaft wird gedroffelt. Und dabei ist es doch so einfach, die Wirtschaft wieder „anzukurbeln“; es braucht nur mehr und billiger gearbeitet zu werden. Die Maschine wird „entfesselt“, und der Karren kauft!

Diese Argumentation ist für den einzelnen Unternehmer zweifellos richtig, sie bedeutet ihm Verminderung der Unkosten und Steigerung des Gewinns. Da nun aber alle nach diesem Rezept kurirt werden wollen, ist das Heilmittel bald zu Ende. Und da steht die Tatsache, daß eine Maschine zehn oder gar hundert Menschen verdrängt hat und, daß diese hundert Menschen aber immer noch höhere Lebensrechte haben als die eine Maschine. Die sich hieraus ergebenden Folgerungen sind von sich zwingender und selbstverständlicher Logik, daß sich deren weitere Ausführung erübrigt.

Die entfesselte Maschine ist zwar nicht die Ursache der Weltkrise, zweifellos aber eine Ursache und gewiß nicht die geringste. Der Kapitalismus machte die Maschine zur Geißel und zum Götzen der Menschheit. Nicht achtete der Kapitalismus den Sinn und den Schöpfer der Maschine, das tote Geschöpf galt ihm mehr, er mißbrauchte es zur Aufrichtung und Ausbeutung seiner Herrschaft. Im übertragenen Sinn könnte hier das Bibelwort Anwendung finden: „Da die Menschen sich für weise hielten, sind sie zu Narren worden und haben geehrt und gedient dem Geschöpfe mehr denn dem Schöpfer.“ Nun bricht die Götzen-dämmerung herein, die kapitalistischen Götzen wanken! Und dem kapitalistischen Weltuntergang wird die sozialistische Weltverjüngung folgen, in der die Maschinen aus dem kapitalistischen Joch entsetzt werden, auf daß sie ihrem ursprünglichen Sinn gemäß segnerbringend für der Menschen wirken, als seine Helferin und Dienerin! Es.

war die vom hiesigen Bildungsverband arrangerierte „Ausstellung und Erläuterung des internationalen Plafawettbewerbs der Wädgeride Gutenberg 1932“, ergänzt durch Lichtbilder der mit einem Preis ausgezeichneten Arbeiten. Kollege Kraus als Kreisvorsitzender des Bildungsverbandes referierte und zeigte die Vöf- und Schattenleiten der einzelnen Arbeiten auf, die das Hervortreten von Qualitätsarbeit verrieten. Eine Unmenge von Arbeit und Liebe zum Beruf. Mühe und Kosten trotz allem, manchmal gerade zum Gegenteil herausfordernden Einstellungen der Prinzipale wurden nicht geseht, um ihren idealen Bestrebungen nachzugehen und es zu Höchstleistungen zu bringen. Aufmerksamkeit und dankbar folgten auch die Kollegen dem Kollegen Kroll. Mit einem Appell des Vorsitzenden, gerade jetzt waschsam zu sein, schloß die anregend verlaufene Versammlung ab.

**Krefeld.** Zu unserer Versammlung am 19. November war als Referent Herr Dr. Schilling, Dozent der Staatlichen Schule für Wirtschaft und Verwaltung gekommen. Er stellte über das Thema „Krisenwende“ seine Betrachtungen an und wählte in eineinhalbstündiger Rede seine Jubelredaktion zu fesseln, so daß sie aufmerksam seinen Worten folgte: Die Krise, die eine kapitalistische Krise sei, habe ihren Ursprung in der kapitalistischen Überproduktion, die die Preise der Ware entgegen lasse bei gleichzeitig geringerer Kaufkraft und kleinerem Absatz. Die Umstellung der Kriegswirtschaft zur Bedarfswirtschaft der Vorkriegszeit hat zur Kapitalüberflutung geführt. Dazu kommt noch die Modernisierung der Betriebe, die die menschliche Arbeitskraft noch mehr ausschaltet. Die große Schuldenlast, die auf der Industrie lastet, verurteilt man auf die Arbeiter abzuwälzen, indem man zu Entlassungen schreitet. Der bisherige Mittelstand des Kleinbürgertums sei vom Kapital proletarisiert worden. Die heutige Jugend stehe vor der Auswärtswirtschaft, einen Beruf mit Erfolg zu wählen. Um sie abzuwenden und sie der Straße fernzuhalten sei der „freiwillige Arbeitsdienst“ eingerichtet worden, dem, ernstlich genommen, eine Minderung der Arbeitslosigkeit nicht bezuzumessen sei. Eine durchgreifende Arbeit, wie der Straßenbau und die Stadtrandbesiedlung, läßt hierfür nicht in Frage. Am Schluß seiner Ausführungen resümierte der Redner: Das deutsche Volk lebt in einem Land, das, technisch gut eingerichtet und von wirklich tüchtigen Facharbeitern bevölkert, qualitativ und geistig hoch steht und vielen Staaten überlegen ist. Ihr, der Arbeiterklasse, wäre die Möglichkeit gegeben, den Produktionsprozeß in richtige Bahnen zu leiten, wenn sie sich über die Taktik ihres einzuflughenden Weges klar sei. Um die Wirkung des Vortrages nicht abzuwachen, wurde von einer Aussprache abgesehen. Den weiteren Teil der Versammlung bildete eine Gebetsfeier, bestimmt als Weihnachtsgabe aus Ortsmitteln für die Arbeitslosen, Kranken und Alten. Ein Antrag auf Ausschluß eines langjährigen Mitgliedes wurde ausgiebig beprochen und das Verhalten des Kollegen gebührend getadelnd, der Antrag jedoch schließlich zurückgewiesen und dem Gauvorstand an Stelle des verwirkten Ausschusses eine andere Art der Bestrafung vorgeschlagen. Die Versammlung ehrte eingangs nach Worten des Bedeuten durch den Vorsitzenden „das Gedächtnis der verstorbenen Kollegen Müller vom „KWB“, des früheren Gauvorsitzers, Bettram, (KWB), Mühl, (Wiesfeld) und Gildner.

**München.** (Korrekturen. — Viertelfahrtsbericht.) In unserer Versammlung am 17. September hielt Kollege F. V. Binderberger einen lehrreichen Vortrag über „Das neue Weltbild im Spiegel unserer Literatur“. Die Ausführungen des Vortragenden brachten, durch zahlreiche Lichtbilder unterteilt, eine eingehende Schilderung des Wertes der Wädgeride Gutenberg und ihrer literarischen Mitarbeiter. Außerdem wurden die Mitteilungen aus den übrigen Ortsgruppen zur Kenntnis genommen, die Aufnahme von vier Kollegen vollzogen und der Kassenbericht über das zweite Vierteljahr genehmigt. — Herr Schriftleiter Dr. Hans Eich gab in einem sehr gut zusammengefaßten Vortrag, „Wie lese ich den Handelszeitung einer Tageszeitung“, den Mitgliedern in der Versammlung am 19. November ein Bild davon, wie schwierig es für die meisten Zeitungsleser ist, sich durch den Handelszeitung einer Tageszeitung hindurchzuringen, zumal viele glauben, daß dieser Teil eigentlich nur für besondere Interessenten Bedeutung habe. Bei aufmerksamem Durchlesen könne aber jedermann aus diesem Teil entnehmen, wie sich Wirtschaft und Finanzen des Staates und der Aktiengesellschaften usw. entwickeln und auf das Leben jedes einzelnen einwirken. Des 200. Geburtstag des Sprachforschers Joh. Chr. Adelung wurde mit einigen Worten Erwähnung getan und außerdem der Kassenbericht über das dritte Vierteljahr gutgeheißen, von den eingegangenen Schreiben der Ortsgruppen Kenntnis genommen und beschlossen, den arbeitslosen, kranken und invaliden Mitgliedern zu Weihnachten eine kleine Unterstützung zu geben.

**Neuwied a. Rh.** Inre recht gut besuchte Versammlung am 3. Dezember forderte im Hinblick auf die demnächstigen Tarifverhandlungen über die Sonderbestimmungen der Sparten, der Anlage A sowie der Ortszuschläge einmütig, daß von der Gehilfenvertretung keinerlei Verschlechterungen hingenommen werden. Die Neuwieder Kollegenschaft steht einig und geschlossen hinter dem Verbandsvorstand.

**Trier.** Im überfüllten „Gewerkschaftshaus“ fand am 20. November unsere letzte diesjährige Bezirksversammlung statt. Vor Eintritt in die Tagesordnung gedachte Vorsitzender M. Herrig in ehrenvollen Worten unserm verstorbenen ehemaligen Gauvorsitzenden Joseph Bettram. Auf eine 25jährige Mitgliedschaft innerhalb des Verbandes konnten die Kollegen Franz Braun, Nikolaus Hubert und Karl Paulus zurückblicken. Kollege Herrig würdigte eingehend ihre Verdienste, insbesondere des Kollegen Braun, der noch heute Funktionstätigkeit ausübt und vor Jahren das Amt des Gewerkschaftsvorsitzenden bekleidete. Zum Kassenbericht, der in gebührender Form vorlag, wurden Einwendungen nicht erhoben. Der beantragten Entlastung wurde durch die Versammlung einstimmig stattgegeben. Kollege Vellmann als Kassierer bemerkte zum Kassenbericht, daß im zweiten Quartal 100 Beiträge weniger eingezahlt wurden und die Ausgaben sich vergrößert hätten. Mit dem Versammlungslan wurde die höchste Arbeitslosenziffer, die

wir jemals hatten, mit 80 erreicht. Auf Grund des § 10 der Satzungen wurden fünf Kollegen ausgeschlossen. Anschließend wurde einer Anregung der Versammlung stattgegeben, wonach der Bezirksvorstand in Verbindung mit dem Gauvorstand beauftragt wird, bei den Arbeitnehmern dahingehend zu wirken, daß zu Ostern 1933 die Belegschaften um 50 Proz. verringert werden. Eine moralische Pflicht des Arbeitnehmers gebiete es, den Arbeitskampf der Arbeitslosen zu erleichtern. Statt der Einführung eines obligatorischen Extrabeitrags (als Weidnachtsunterstützung) lasste die Versammlung den Beschluß, Sammelkassen in Umlauf zu setzen, um mit dieser Maßnahme einen höheren Betrag zu erzielen. Der Witwen verstorbenen Kollegen wird, wie in vergangenen Jahren, trotz der großen Notlage zu Weihnachten ebenfalls gedacht werden. In Stelle eines ausgeschiedenen Sachverständigenmitglied wurde Kollege Johann Becker einstimmig gewählt. Unter „Verschiedenes“ hielt Gewerkschaftssekretär Kraus von Ortsausgang des KWB ein kurzes sozialpolitisches Referat. Kollege Beißel besuchte seine Ausführungen. In seinem Schlüsselwort dankte Kollege Herrig allen Kollegen für die rege Anteilnahme der Versammlung und schloß diese mit dem Kampfruf „Freiheit“ ab.

**Wiesbaden.** Inre Versammlung am 19. November hatte sich eines guten Besuchs zu erfreuen. Vorsitzender Schäfer konnte unsern Gaukassierer Ernst Kraft (Mannheim) als Referenten begrüßen. Der immer zur Stelle befindliche Kollegenverein brachte am Anfang die Uthmannsche „Sozialnachricht“ zu Gehör. Nach einigen Mitteilungen des Vorsitzenden wurde ein Kollege in die Organisation aufgenommen und ein Kollege einstimmig auf Grund des § 10 Abs. b der Satzungen ausgeschlossen. Nummer erhielt Kollege Kraus das Wort zu dem Haupttagungsordnungspunkt „Die Arbeiterchaft im Kampf für Freiheit und sozialen Fortschritt“. Der Referent stellte an die Spitze seiner Ausführungen das Karl-Marx-Zitat: „Die Befreiung der Arbeiterklasse kann nur das Werk der Arbeiter selbst sein.“ Er führte u. a. etwa folgendes aus: Der von Marx als die Voraussetzung der Befreiung der Arbeiterklasse geforderte Zusammenschluß der Arbeiter ist von diesen leider nicht immer begriffen, viel weniger aber befolgt worden. Die heutigen verworrenen politischen Zustände wären nicht möglich, wenn die Arbeiterchaft in den vergangenen Jahren mehr Klassenbewußtsein bewiesen hätte. Wir wissen, daß politischer und sozialer Fortschritt ihre Grenzen haben; man sollte aber auch annehmen, daß in einem Land wie Deutschland, wo von 45 Millionen Wählern 32 Millionen erwerbstätige Menschen sind, die Erkenntnis gereift wäre, daß nur der Sozialismus die sich heute aufmerkenden Schwierigkeiten meistern kann. Im früheren absolutistischen Staat haben die Arbeiter einmal solche Anlässe zum Zusammenschluß gezeigt. Bis zum Jahr 1914 konnten die freien Gewerkschaften viele Lohnbewegungen mit vollem Erfolg abschließen. Damals waren fast alle Aktionen, trotz Polizeistellen, von Erfolg gekrönt. Am so tragischer war es aber auch für die Arbeiterchaft, daß sie nach dem Krieg, je mehr sie an Einfluß im Staat gewann, immer weiter auseinander kam. Grundlag der Gewerkschaften lag 1918, was es nicht, der Profit der Unternehmer, sondern das Wohl des Ganzen maßgebend sei. Niemand wird bestreiten wollen, daß ungeheure Kräfte auf sozialer und politischer Gebiet erlangt worden sind. Anwesenheit steht aber auch fest, daß diese Kräfte auf die Initiative der Gewerkschaften und ihrer politischen Vertretung im Reichstag zurückzuführen sind. Diese Tatsache widerlegt zugleich treffend den banalen Vorwurf der Nazis, der „Marxismus“ hätte sich im allgemeinen schädlich für die Arbeiterchaft ausgewirkt. Im „Dritten Reich“ würde eine Gewerkschaftsbewegung von einer Bedeutung, wie wir sie heute noch haben, keinen Platz finden. Fortschritte sind erst erzielt worden, als die Arbeitervertreter in den öffentlichen Körperchaften Sitz und Stimme gewonnen. Eine unumstößliche Tatsache ist es auch, daß die Arbeiterchaft ihren stärksten sozialen und politischen Aufschwung unter der Regierung Hermann Müller nahm. Ein Vergleich der damaligen Löhne und Sozialgesetzgebung mit der heutigen Reaktion sollte eigentlich auch allen Indifferenten und KWB-Anhängern die Augen öffnen. Als im Jahr 1930 das kapitalistische Wirtschaftssystem zusammenbrach, erfolgte auch in Deutschland der politische Zusammenbruch. Vom Tage an, da die 107 Abgeordneten „nationalistischer“ Beherrschung sich unter der Volkvertretung einfanden, ist es stetig abwärts gegangen. Der faulende Kapitalismus kann nicht mehr Arbeit und Brot schaffen. Deshalb ist unsere Forderung nach planmäßiger Organisierung der Wirtschaft berechtigt. Es muß das höchste Ziel der deutschen Arbeiterchaft sein, die politische Macht zu erringen, denn erst wenn dieses Ziel erreicht ist, kann der Sozialismus Wirklichkeit werden. Einem Kollegen, der der Meinung war, daß wir im Jahr 1918 die Macht gehabt hätten, erklärte der Referent unter Zustimmung der Versammlung, daß wir seit 1918 nicht in einer Woche die Macht hätten. Kollege Kraft führte dann weiter aus, daß sich die Gewerkschaften auf die schwersten Kämpfe vorbereiten müßten. Es glüge heute wieder um die Grundrechte der Arbeiterchaft. Die Eisernen Front lasse alle Kräfte zusammen, die gewillt sind, an der Befreiung der Arbeiterklasse mitzuhelfen. Mit dem Kampfruf „Freiheit“ schloß er seine, mit starkem Beifall aufgenommene Rede. Die Diskussion bewegte sich ausschließlich im Sinne des Referats. Im Schlüsselwort betonte Kollege Kraft nochmals, daß die jetzigen Zustände den verschärften Klassenkampf bedingen.

### Allgemeine Rundschau

Wieder ein kommunistischer Schurkenstreich. Vom Bundesvorstand des KWB, ging uns zwecks Veröffentlichung folgende Erklärung zu:

Seit längerer Zeit werden im Reiche andauernd Gerüchte verbreitet, wonach zwischen Vertretern des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes und Führern der Nationalsozialistischen Verhandlungen mit dem Ziel gegenseitiger Annäherung geführt würden. Wir wiederholen nochmals, daß diese Gerüchte aus der Luft gegriffen und unwahr sind.

Neuerdings wird sogar mit angeblich amtlichen Protokollen gearbeitet, die als Beweis für den „Klassen-

verrat des KWB“ dienen sollen. Gestützt auf diese angeblichen „Protokolle“ ist am 2. Dezember d. J. in der Zeitung „Volkswille“ (Lein-Bund) erneut behauptet worden, es hätten solche Verhandlungen stattgefunden.

Wir erklären, daß diese angeblich amtlichen Protokolle mit ihrem gänzen Inhalt frei erfunden sind. Unser Rechtsbeistand ist mit den erforderlichen Schritten gegen die Verleumder und die Urheber beauftragt worden. Der unverantwortliche Zweck aller dieser falschen Behauptungen und böswilligen Erfindungen ist, in der Arbeiterchaft Mißtrauen gegen ihre Führer zu wecken und Zwietracht in die Reihen der Arbeiterbewegung zu tragen.

Diese in schlichten Worten gehaltene Erklärung des Bundesvorstandes stellt eine Verurteilung dar gegen einen von kommunistischer Seite neuerdings verübten Verleumdungsstreich, der gar nicht ohne Gefahr geheißen werden kann. Der „Volkswille“, das Reichsorgan des Lein-Bundes (Linke Kommunisten), brachte in seiner letzten Nummer an erster Stelle einen groß aufgezogenen Warnartikel, betitelt „Klassenverrat im KWB“. Es handelt sich dabei um einen kommunistischen Heftartikel, dem eine raffinierte Fälschung zu Grunde liegt, nämlich das frei erfundene Protokoll einer Sitzung, die angeblich am 9. September unter Vorsitz des Reichswehramtlers Schleicher mit Vertretern des KWB, der KWB, der KWB (Kriegsbetriebsorganisation) und der KWB, stattgefunden haben soll. Nach den schwindehaften Angaben des „Volkswillen“ soll der Verlauf jener Sitzung geseit haben, daß die Reformisten in der Leitung des KWB bereit sind, ihren bisherigen Klassenverrat zu krönen durch die Auslieferung der freien Gewerkschaften an den hitlerischen Staat. Sie wissen, daß sie dabei die Mitarbeit der Nazis in den Gewerkschaften auf sich nehmen, ja in Wirklichkeit die Gewerkschaften an die Nazis ausliefern.“ Zwei dieser neuen, nach bekanntem Rezept auf Zug und Trug aufgebauten Aktion der kommunistischen „Einheitsfrontler“ ist natürlich, die Verwirrung der Arbeiter noch zu vergrößern, um sie vollends irre werden zu lassen an ihren besten Kampfgesunden, den Gewerkschaften. Inzwischen ist zur reiflichen Klärung der mit Hilfe einer Urkundenfälschung besonderer Art herbeigeführten Schwunderei vom Bundesvorstand des KWB, der Rechtsweg beschritten worden.

Neuer Verwalter der Geschäftsstelle des „Korr.“. Von der Gauvorsitzendenkonferenz wurde am zweiten Verhandlungstag Kollege Otto Frieder, der bisherige Obmann der Zentralkommission der Handwerkerpartei, als Nachfolger des Kollegen Löffel gewählt.

Mitarbeiter für die Volkswirtschaft. Wichtige Funktionen in der Arbeiterbewegung fallen unsern gewerkschaftlichen, genossenschaftlichen, Beschäftigungsunternehmen Volkswirtschaft zu. Diese liegen vornehmlich auf sozialer und wirtschaftlichem Gebiet. So wird das Vermögen der Volkswirtschaft, das im Oktober d. J. rund 190 Mill. M. betrug, in hohem Maße für den gemeinnützigen Kleinwohnungsbau bzw. in gemeinwirtschaftlichen Unternehmungen der Arbeiterchaft angelegt. Die wirtschaftliche Bedeutung solcher Anlagenpolitik, die zugleich den höchsten Grad an Sicherheit verbürgt, ist allgemein bekannt. Um ihre Aufgabe voll erfüllen zu können, ist die Volkswirtschaft auf eine große Zahl Mitarbeiter angewiesen, die sich für die mannigfaltige Kleinarbeit zur Verfügung stellen. Gewerkschaftler, die für diese sehr wichtige Arbeit Interesse aufbringen, können die näheren Bedingungen bei den Rechnungsführern der Volkswirtschaft einholen.

Verschlechterung des Arbeitsmarktes. In der zweiten Hälfte des Monats November hat sich die Arbeitslosigkeit in Deutschland nach der Zählung der Arbeitsämter um 92 000 auf 5 358 000 erhöht. Im ganzen Monat November stieg die Arbeitslosigkeit um rund 248 000, während sie 1931 um 436 000 zugenommen hatte. Nach der Reichsanhalt liegt die Arbeitslosenziffer damit noch immer um 750 000 niedriger als der Höchststand Mitte März. Zur gleichen Zeit des Vorjahres war der Höchstpunkt schon um etwa 70 000 überschritten. Diese Zahlen können ermutigend wirken, wenn man nicht wüßte, daß neben den offiziell vermerkten Arbeitslosen auch eine große Zahl ungezählter Vorhanden ist. Solange nicht die gesamte Arbeitslosigkeit statistisch erfasst wird, sind alle Erklärungen dazu mehr oder weniger unzutreffend.

Keine politische Zeitnotizen. Der Reichstag hat am 9. Dezember den sozialpolitischen Teil der Papennotverordnung vom 4. September 1932 mit den Stimmen aller Parteien bei Stimmhaltung der Deutschnationalen aufgehoben. Damit verschwindet nicht nur die in der Notverordnung vom 4. September enthaltene Generalermächtigung für die Regierung, jede ihr zugehörige Veränderung in der sozialpolitischen Gesetzgebung vorzunehmen, sondern es wird auch der Notverordnung vom 5. September der Boden entzogen. Diese Notverordnung brachte den Einbruch in das Tarifrecht, die zwangsweise Lohnkürzung bei Neueinstellung von Arbeitskräften bzw. Verfüzung der Arbeiterchaft. Auch diese Bestimmungen, gegen die sich der unmittelbare Widerstand der Gewerkschaften sofort in zahlreichen Arbeitskämpfen äußerte, sind damit erledigt. — Der Hauptausfluß des Deutschen Industrie- und Handelszuges wandte sich gegen die Befestigung der Steuerzugeschneide bei Mehrereinstellungen und gegen eine Aufhebung der Lohnentzugsmöglichkeiten bei Mehrereinstellungen. — Der Rechtsausschuß des Reichstages stimmte in seiner Sitzung am 9. Dezember dem Amnestieentwurf mit starker Mehrheit zu, der auf Grund einer Skizze des Reichsjustizministers unter den großen Parteien vereinbart worden war. — Die Fünf-Mächte-Konferenz in Genf erkannte in ihrer Sitzung am 11. Dezember die Gleichberechtigung Deutschlands an. Auf Grund dessen wurde beiderseits die Bereitwilligkeit ausgesprochen, an der Abrüstungskonferenz wieder teilzunehmen. — Der in der Kapppartei aufgewordene Konflikt zwischen Hitler und Straßer hat seinen äußeren Ausdruck dadurch gefunden, daß Straßer in einem Brief an Hitler sämtliche Parteiamter zur Verfügung gestellt hat. Es wird in nationalsozialistischen Kreisen angenommen, daß der Konflikt noch weitere Folgen haben wird. Inzwischen hat auch der große „Theoretiker“ der Nazis, Gottfried Feder, vom „Führer“ einen mehrwöchigen Urlaub erhalten. — England und Frankreich werden am 15. Dezember die von den Bereinigten Staaten verlangte Kriegsschuldenrate zahlen. Beide Länder bilden nunmehr eine Aktionsgemeinschaft gegenüber Amerika.

